



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Seniorenpolitik**

Herr Paulukat

Telefon: (0221) 221-27408

Fax: (0221)

E-Mail: peter.paulukat@stadt-koeln.de

Datum: 14.08.2018

**Niederschrift**

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Mittwoch, dem 18.04.2018, 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr, Stadthaus Deutz,

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Ursula Beck	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Susanne Schönewolff	Diakonisches Werk
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Tatjana Puris	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Katharina Pucher	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Hartmut Stein	FDP
Herr Hubert Alflen	DIE LINKE
Herr Ramazan Arslan	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Olaf Klömpken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Karl-Heinz Pasch	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

**Stellvertreter\*innen**

Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Herbert Anton Krempa	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Ruth Lenzen-Genco	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Ingrid Ottenberg	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Hannelore Ringel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

**Verwaltung**

Frau Alexa Dreyer	Dez. Soziales, Integration und Umwelt
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren
Herr Achim Woltmann	Amt für Soziales und Senioren
Frau Anna-Maria Friedrich	Amt für Soziales und Senioren
Herr Jürgen Voß	Amt für Soziales und Senioren
Herr Hans Schorn	Amt für Soziales und Senioren
Frau Lydia Schneider-Benjamin	Amt für Soziales und Senioren
Frau Anne Kreische	Gesundheitsamt
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen
Frau Julia Dölling	Sozial-Betriebe-Köln gGmbH

**Gäste**

Frau Birgit Schmitz	Amt der Oberbürgermeisterin
---------------------	-----------------------------

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1      **Beschluss über die Tagesordnung und Abstimmung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung****
  
- 2      **Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen****
  
- 2.1    Rechtsstellung und Selbstverständnis der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
  
- 2.2    Verteilung der Fördermittel 2018 - SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit
  
- 2.3    Fußgängerbeauftragte/r
  
- 2.4    Pläne/Projekte der Verwaltung für die Umsetzung und Stärkung der Seniorenpolitik im laufenden Jahr 2018 und den Jahren 2019/2020
  
- 2.5    Kostenübernahme bei Heimunterbringung
  
- 2.6    Zahngesundheit der Bewohner\*innen von Pflege- und Seniorenheime - hier Kostenübernahme
  
- 2.7    Aktuelle Situation der sozialen Arbeit in der Geriatrie
  
- 3      **Konzept der SeniorenNetzwerke Köln****
  
- 3.1    Neue Fassung des Konzeptes SeniorenNetzwerke
  
- 3.2    Aspekte der SeniorenNetzwerkarbeit "Teilhabe"
  
- 3.3    Stellungnahme der Seniorenvertretung Kalk zum Konzept SeniorenNetzwerke
  
- 4      **Bericht aus der Landesseniorenvertretung****
  
- 5      **Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen****
  
- 6      **Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege****
  
- 7      **Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung****
  
- 7.1    Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt  
3568/2017

- 7.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity  
0149/2018
- 7.3 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0224/2018
- 7.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss  
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom  
11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen  
0714/2018
- 7.5 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept  
0841/2018
- 7.6 Besucherrekord: 2539 Seniorinnen und Senioren kamen zu den vierten Akti-  
onstagen „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vor-  
sorge-Tag in den Gürzenich  
0785/2018
- 8 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Beschluss über die Tagesordnung und Abstimmung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

Die Tagesordnung ist den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zusammen mit der Einladung form- und fristgerecht zugeleitet worden. Im Nachgang zu der herausgegebenen Einladung wurden aus der Seniorenvertretung zwei neue Anträge (13.4.2018 und 15.4.2018) eingereicht. Die Anträge werden unter TOP 2 und 3 in die Tagesordnung aufgenommen:

- **TOP 2.2**  
**Verteilung der Fördermittel 2018 SeniorenNetzwerke / offene Altenarbeit**
- **TOP 3.1**  
**Neue Fassung des Konzeptes SeniorenNetzwerke**  
**Aus Zeitgründen konnten die Anträge nur als Tischvorlagen verteilt werden.**

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung beschlossen.

Die Niederschrift zur Sitzung 08.11.2017 wird einstimmig ohne Änderungen verabschiedet.

### **2 Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen**

#### **2.1 Rechtsstellung und Selbstverständnis der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik**

Herr Dr. Rau begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Birgit Schmitz, Büro der Oberbürgermeisterin, Bereich Kommunalverfassungsrecht, die der Stadtarbeitsgemeinschaft ergänzend zu den Ausführungen der Geschäftsführung des Gremiums im Schreiben vom 15.12.2017 für Fragen zur Verfügung steht.

Frau Schmitz weist eingangs auf die bereits dargelegte Lage nach der Maßgabe der Geschäftsordnung hin, nach der alle in den Rechtsnormen aufgeführten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik stimmberechtigt sind.

Dass die Geschäftsordnungen der Stadtarbeitsgemeinschaften zur Frage der Stimmberechtigung unterschiedlich ausgestaltet sind, findet die Ursache in einer nicht vom Gesetz vorgesehenen Einheitlichkeit zu dieser Frage.

Im Verlauf der weitergehenden Erörterungen erklären Frau Gärtner, Frau Heuser und Herr Dr. Schulz, dass sie von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen möchten, sofern es um Empfehlungen an die politischen Gremien geht.

Es wird jedoch das Erfordernis gesehen, die Geschäftsordnungen der Stadtarbeitsgemeinschaften der Stadt Köln zu vereinheitlichen.

Dazu wird seitens Herrn Pasch die Anregung gegeben, auch die Bezirksarbeitsgemeinschaften in entsprechende Überlegungen einzubeziehen. Frau Schmitz erklärt sich bereit, diese Anregungen aufzunehmen.

Herr Dr. Rau schlägt letztlich vor, zu dieser Thematik eine Arbeitsgruppe einzuberufen, in der das Büro der Oberbürgermeisterin, die Stadtarbeitsgemeinschaften und auch die Bezirksarbeitsgemeinschaften vertreten sein sollten. Für das Mitwirken der Arbeitsgruppen der Seniorenpolitik soll aus den Reihen der Seniorenvertretung eine Person als Vertretung für die Stadtarbeitsgemeinschaft und eine Person als Vertretung für die neun Bezirksarbeitsgemeinschaften vorgeschlagen werden.

Dieser Vorschlag wurde von der Stadtarbeitsgemeinschaft angenommen.

## **2.2 Verteilung der Fördermittel 2018 - SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit**

Die Verwaltung hat zur Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren ihren Beschlussvorschlag zur Verteilung der Fördermittel 2018 – SeniorenNetzwerke/Offene Altenarbeit (Vorlage Nr. 0743/2018) eingebracht.

In Bezug auf diese Beschlussvorlage hat Herr Dr. Dr. Mück zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zwei Beschlussanträge vorgelegt, die auf

1. die Verteilung der Fördermittel 2018 für die SeniorenNetzwerke und
2. die Beteiligung der selbstorganisierten Netzwerke bei der Mittelverteilung

ausgerichtet sind.

Beide Beschlussanträge liegen dem Gremium als Tischvorlage vor. Nachdem Herr Dr. Dr. Mück seine Anliegen mündlich erläutert hat, erklärt er auf Nachfrage von Dr. Schulz, dass diese Anträge nicht mit der Seniorenvertretung abgestimmt worden sind.

Den von Herrn Dr. Dr. Mück vorgetragenen Eindruck, die Politik würde der Verwaltungsvorlage ohne Nachdenken zustimmen, weist Frau Heuser zurück. Nach ihrer Ansicht ist das Konzept der SeniorenNetzwerke nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Nach ihrer Erfahrung ist der Finanzbedarf bei den selbstorganisierten SeniorenNetzwerken sehr unterschiedlich; während einige Netzwerke weitere Finanzmittel benötigen, wird von anderen das vorhandene Budget nicht ausgeschöpft.

Ergänzend dazu weist Herr Dr. Schulz auf die jahrelange und intensive Meinungsbildung zum Thema der SeniorenNetzwerke hin. Das Anliegen, die selbständigen SeniorenNetzwerke zu stärken und deren bisherige Mittelausstattung zu betrachten, wird von Frau Schönewolf begrüßt. Die Frage der zukünftigen Mittelausstattung – so der Tenor der weitergehenden Erörterung - soll jedoch im Rahmen der zurzeit anstehenden Überarbeitung des Konzeptes für die SeniorenNetzwerke betrachtet werden, die neben den Aspekten einer veränderten Mittelverteilung auch die inhaltliche Weiterentwicklung des Programms beinhaltet.

Im Ergebnis kristallisiert sich die Auffassung heraus, die Beschlussfassung im Ausschuss Soziales und Senioren zur Mittelverteilung für 2018 nicht hinaus zu zögern und sie in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form im Ausschuss Soziales und Senioren beraten und beschließen zu lassen.

Auf Vorschlag von Dr. Rau und mit ausdrücklicher Zustimmung von Dr. Dr. Mück wird beschlossen, dass die Anträge in die weitere Beratung des Konzeptes für die SeniorenNetzwerke eingebracht werden.

### **2.3 Fußgängerbeauftragte/r**

Herr Nigmann trägt den Antrag der Seniorenvertretung vom 06.12.2017 vor, der zum einen die Einrichtung der Position eines Fußgängerbeauftragten für die Stadt Köln und zum anderen die Berücksichtigung der Interessen der Fußgänger in dem Konzept „Köln Mobil 2025“ beinhaltet.

Ergänzend dazu zeigt Herr Dr. Theisohn an der Position des Fahrradbeauftragten die Wichtigkeit dazu auf, auch für die Gruppe der Fußgänger eine derartige Position zu schaffen. Aufgabe dessen sollte jedoch sein, für die Fußgänger und nicht gegen andere Gruppen zu argumentieren.

Auch Herr Dr. Schulz begrüßt – wie ebenso Herr Dr. Rau - den Vorschlag, die Interessen der Fußgänger in die weiteren Planungen einzubeziehen, rät jedoch davon ab, Frontstellung in Bezug auf andere Gruppen aufzubauen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft beschließt bei 6 Enthaltungen und keinen Gegenstimmen den Antrag der Seniorenvertretung und die Weiterleitung an das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung (Amt 66).

### **2.4 Pläne/Projekte der Verwaltung für die Umsetzung und Stärkung der Seniorenpolitik im laufenden Jahr 2018 und den Jahren 2019/2020**

Das Thema wird unter TOP 7.1 behandelt.

### **2.5 Kostenübernahme bei Heimunterbringung**

Herr Dr. Rau erklärt, dass die derzeitige Situation in Bezug auf die Bearbeitungsrückstände bei den Anträgen auf Kostenübernahme für die Heimunterbringung nicht hinnehmbar ist.

Infolge dessen wird auch dieser Bereich im Rahmen des „Tracking-Systems“ beobachtet und angestrebt, in der Bearbeitung schneller zu werden, die Rückstände abzubauen. Die dazu benötigten Stellen sind zum Teil bereit gestellt, jedoch noch nicht alle besetzt.

Herr Pasch erläutert – auch durch selbst gewonnene Eindrücke in stationären Einrichtungen im Stadtbezirk Innenstadt – die Notlage der Menschen, denen die Sozialhilfeleistungen, insbesondere das Taschengeld viel zu spät bewilligt werden. Er regt an, über eine Zwischenfinanzierung nachzudenken, damit zumindest die Taschengeldzahlung zeitnah zur Heimaufnahme gewährt werden kann.

Diese Anregung, so Herr Dr. Rau, wird seitens der Verwaltung gerne aufgegriffen. Auf den Hinweis von Herrn Dr. Schulz, dass die jetzige Situation weniger ihre Ursache im Bearbeitungssystem findet, sondern in erster Linie die Folge fehlenden Personals ist, zeigt Herr Dr. Rau auf, dass das „Tracking-System“ auch dazu genutzt wird, an dafür verantwortlicher Stelle auf den nicht gedeckten Personalbedarf hinzuweisen.

Abschließend sichert Herr Dr. Rau das Bemühen der Verwaltung zu, die Situation im Bereich der Heimpflege nachhaltig zu verbessern.

## **2.6 Zahngesundheit der Bewohner\*innen von Pflege- und Seniorenheimen - hier Kostenübernahme**

Herr Dr. Dr. Mück erläutert das Anliegen, die Zahngesundheit der Bewohner\*innen von Pflegeeinrichtungen verstärkt in den Focus zu rücken. Dies insbesondere, da der Schwerpunkt des Gesundheitsamtes der Stadt Köln nach dortiger Auskunft auf der Gruppenprophylaxe der Kölner Kinder und Jugendlichen liegt.

Dahingehend verweist er auf die nach § 119b des Fünften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB V) bestehende Möglichkeit, dass stationäre Pflegeeinrichtungen Kooperationsverträge mit niedergelassenen Zahnärzten/Zahnärztinnen bzw. dafür geeigneten vertrags(zahn)ärztlichen Leistungserbringern schließen können.

Herr Woltmann erläutert dazu die nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) bestehende Verpflichtung der stationären Pflegeeinrichtungen, den gesundheitlichen Zustand der Bewohner\*innen sicherzustellen; das schließt die Zahngesundheit ein.

Dieser Bereich ist auch Teil der Prüfungen durch die Heimaufsicht der Stadt Köln; ebenso wird der Bereich durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) geprüft.

Fakt ist aber, so Herr Woltmann, dass in der Betrachtung der Zahngesundheit bei stationär untergebrachten älteren Menschen noch Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.

Dahingehend dankt er für den Hinweis auf die Möglichkeit der o.a. Kooperationen und sichert zu, dass die Heimaufsicht darauf verstärkt hinweisen wird.

## **2.7 Aktuelle Situation der sozialen Arbeit in der Geriatrie**

Herr Dr. Theisohn beschreibt die aktuelle Situation der sozialen Arbeit in der Geriatrie im Stadtbezirk Kalk dahingehend, dass zunehmend Pflegeplätze, insbesondere für Kurzzeitpflege, bei Bedarf nicht bereitgestellt werden können und keine Möglichkeit besteht, ambulante Pflege zu beschaffen.

Damit sei der Pflegenotstand im Stadtbezirk Köln-Kalk angekommen, wenn gleich bei stadtweiter Betrachtung von einer Bedarfsdeckung ausgegangen wird.

Besonders problematisch stellt sich die Lage dar, wenn der Übergang von stationärer Krankenhausbehandlung entweder in einer erforderlichen kurzzeiti-



gen Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung oder in der häuslichen Umgebung organisiert werden muss.

Aus diesem Grund regt Herr Dr. Theisohn an, dass die Konferenz Alter und Pflege sich dieses Themas annimmt und für eine Feststellung des tatsächlichen Bedarfs an ambulanter sowie stationärer Pflege in Köln sorgt.

Frau Hanisch bestätigt die von Dr. Theisohn dargestellte Lage dahingehend, dass zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten ambulanten Pflege derzeit ausreichendes Personal nicht zur Verfügung steht.

Herr Woltmann merkt hierzu an, dass die Verwaltung bisher Kenntnis von einzelnen Unterbringungsproblemen hatte, sich jedoch die von Dr. Theisohn vorgetragene Situation bisher in der Verwaltung nicht so dargestellt hat. Insofern wird seitens der Verwaltung das Aufgreifen durch die Konferenz Alter und Pflege begrüßt.

Ergänzend weist Herr Dr. Rau auf die bevorstehende Veröffentlichung des „Kölner Berichtes über die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)“ hin, in dem diese Thematik ebenfalls aufgegriffen wird.

Herr Dr. Rau schlägt vor, zu beschließen, die Anregung von Herrn Dr. Theisohn zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stadtkonferenz beschließt ohne Gegenstimmungen und ohne Enthaltungen die Kenntnisnahme.

### **3 Konzept der SeniorenNetzwerke Köln**

#### **3.1 Neue Fassung des Konzeptes SeniorenNetzwerke**

Die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 werden gemeinsam behandelt.

#### **3.2 Aspekte der SeniorenNetzwerkarbeit "Teilhabe"**

Herr Dr. Dr. Mück ergänzt seine schriftlich eingereichten Anträge dahingehend, dass ihm in dem vorliegenden Konzept die Handlungsebene der selbstorganisierten Netzwerke fehle.

Frau Steinraths erklärt zunächst, dass ein 'Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft dem Konzept für die SeniorenNetzwerke zurück gestellt werden sollte, da dieses Konzept einer weitergehenden Betrachtung unterworfen wird.

Im Hinblick auf die von Herrn Dr. Dr. Mück eingeforderte Beteiligung weist Frau Steinraths darauf hin, dass derzeit Weiterentwicklungsgespräche auf unterschiedlichen Ebenen geführt werden.

Zur Weiterentwicklung des Konzeptes gehöre auch, die Überlegungen der Seniorenvertretung zu berücksichtigen und die Seniorenvertretung in die weitere Entwicklung einzubeziehen, sobald die Verwaltungsmeinung abschließend hergestellt ist.

Die Anregung, auch die selbstorganisierten Netzwerke an den Weiterentwicklungsgesprächen teilhaben zu lassen, wird aufgegriffen und die Servicestelle organisiert diese Teilnahme.

Frau Heuser begrüßt zum einen den Vorschlag, nach Vorlage eines Verwaltungsentwurfs in die Beratungen einzusteigen und zum anderen die Einbeziehung der Servicestelle für die selbstorganisierten Netzwerke.

Herr Wild gibt den Hinweis, dass es für die selbstorganisierten Senioren-Netzwerke bereits eine Austauschplattform gibt und diese Konferenz zwei Mal jährlich durchgeführt wird. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Dr. Mück erläutert Herr Wild, dass sich diese Konferenz aus der im Konzept enthaltenen Formulierung „Servicestelle hat geeignete Formate zu finden“ ergibt und sie nicht explizit im Konzept genannt ist.

Die Stadtkonferenz beschließt, jeweils ohne Enthaltungen und Gegenstimmen:

- Zu TOP 3.1  
Die Zustimmung der Verwaltung, das vorliegende Konzept in dieser Fassung nicht zu verabschieden, wird -ohne Gegenstimmen – angenommen.
- Zu TOP 3.2  
Der Antrag wird in die Beratungen zu dem Konzept aufgenommen.

### **3.3 Stellungnahme der Seniorenvertretung Kalk zum Konzept Senioren-Netzwerke**

Die Stadtkonferenz beschließt ohne weitere Aussprache:  
Die Stellungnahme der Seniorenvertretung im Stadtbezirk Kalk wird zur Kenntnis genommen.

## **4 Bericht aus der Landesseniorenvertretung**

Herr Dr. Theisohn trägt den Bericht aus der Landesseniorenvertretung vor und gibt eine schriftliche Ausführung darüber zur Niederschrift. (s. Anlage).

## **5 Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen**

Es werden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

## **6 Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege**

Frau Hanisch teilt mit, dass der Caritasverband der Stadt Köln ab dem 01.04.2018 den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Köln (Liga) übernommen hat.

Frau Schönewolf berichtet, dass jetzt im Stadtteil Dünwald ein Senioren-Netzwerk eingerichtet ist.

Herr Wild weist auf das „Kontaktbüro Pflegeselbsthilfe“ hin, das u.a.

- über bestehende Selbsthilfegruppen informiert
  - bestehende Gruppen begleitet und unterstützt
  - bei der Gründung und dem Aufbau neuer Selbsthilfegruppen hilft.
- Den Flyer des Kontaktbüros stellt Herr Wild allen Anwesenden zur Verfügung.

## **7 Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung**

### **7.1 Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt 3568/2017**

Im Zusammenhang mit einer immer stärkeren zielbezogenen Ressourcenplanung soll durch sogenannte „Leitprojekte“ die strategische Ausrichtung der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanung gestärkt und noch besser erkennbar werden.

Durch die Anmeldung von sogenannten „Leitprojekten“ im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018 haben die Dezernate die Möglichkeit erhalten, explizit über das Tagesgeschäft hinausgehende Innovations-, Veränderungs- und Ausbauprojekte im Haushalt 2018 zu verankern, die in besonderer Weise eine Antwort auf die strategischen Herausforderungen unserer Stadt geben und ihre Zukunftsfähigkeit im Sinne von Nachhaltigkeit/Resilienz stärken.

Wegen der gleichzeitig notwendigen Sparsamkeit wurde das Budget für Leitprojekte pro Dezernat/Jahr auf 3 Mio. € begrenzt.

Zu beachten ist, dass die jetzt zusätzlich in die Finanzierung aufgenommen Leitprojekte die bereits im Haushalt verankerten Projekte und Schwerpunkte der Verwaltung nur ergänzen und insofern nur einen Teilbereich der strategischen Ausrichtung abbilden können. Eine konsistente Verknüpfung und Darstellung von Gesamtstrategie, dezernats- und amtsbezogenen Strategien sowie strategischen Leitprojekten soll durch das übergreifende Projekt zur Stadtstrategie „Perspektiven 2030“ erreicht werden.

Die Leitprojekte des Dezernats für Soziales, Integration und Umwelt beziehen sich auf insgesamt drei gesamtstädtische Leitthemen:

**Leitthema:** Leben in den Veedeln stärken:

**Leitprojekte:**

- Erweiterung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstellen
- Neuausrichtung der offenen Angebote für suchtkranke Menschen
- Weiterentwicklung des Seniorenpakets vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
- Umsetzung des Handlungskonzepts Behindertenpolitik

**Leitthema:** Mit Innovation Lebensqualität stärken

**Leitprojekte:**

- Umsetzungsstrategie für Klimaschutzprojekte
- Umsetzungsstrategie für Klimaschutzprojekte/ Smart City
- Erhöhung der Anpassungsfähigkeit

**Leitthema:** Einnahmen stärken

**Leitprojekte:**

- Strategische Förderpolitik der Stadt im Sozialbereich
- Ausweitung des Einnahmemanagements (Unterhaltsheranziehung)

Die Gesamtveranschlagungen für die Leitprojekte Dezernat V in den Haushaltsjahren 2018-2021 entwickelt sich wie folgt:

2018	2019	2020	2021
rd. 2.680.000 €	rd. 2.900.00 0 €	rd. 2.970.000 €	rd. 3.025.00 0 €

Die einzelnen Leitprojekte sind im Nachfolgenden erläutert.

Leitprojekt	Erweiterung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstellen			
strategischer Schwerpunkt	Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	frühzeitige und angemessene Prävention, Behandlung, Versorgung sowie Teilhabe in Regelsystemen und im Veedel für Kinder und Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	niederschwellige sowie passgenaue Vermittlung dieser Kinder und Jugendlichen in ein geeignetes Angebot des etablierten Beratungs- und Versorgungssystem			
Dauer/ Umfang	zeitlich unbegrenzt räumlich zunächst begrenzt auf die 2 Standorte Kalk und Mülheim			
Verortung im Haushalt	Teilplan 0701			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 375.000 €	rd. 380.000 €	rd. 390.000 €	rd. 395.000 €

Leitprojekt	Neuausrichtung der offenen Angebote für suchtkranke Menschen			
strategischer Schwerpunkt	Aufsuchendes Suchtclearing dezentral (erweitern)			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	bedarfsgerechte und intensiviertere Vermittlung von drogenabhängigen Menschen im öffentlichen Raum in das Kölner Suchthilfesystem			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<ul style="list-style-type: none"> <li>• aufsuchende Sozialarbeit und die Vermittlung von Hilfesuchenden in das bestehende Hilfesystem</li> <li>• Clearing zur Erstellung eines umfassenden Bildes der aktuellen Situation des Betroffenen</li> <li>• möglichst nachhaltige Vermittlung der Hilfesuchenden in das Hilfesystem (Drogenberatungsstellen, Substitutionsstellen, psychosozialen Betreuung (PSB) im Rahmen der Substitution, Hilfe zum selbstständigen Leben)</li> </ul>			

	<p>gen Wohnen (BeWo) im Rahmen der Substitution, Vermittlung in Entgiftungsinstitutionen)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ansprechpartner/- in für das Hilfesystem (z.B. Beratungsstellen, substituierende Ärzte, Substitutionsambulanzen, Krankenhäuser usw.)</li> <li>• Ansprechpartner/-in für Geschäftsleute und Anwohner/-innen</li> <li>• Nachgehen von Beschwerden und Hinweisen</li> </ul>			
Dauer/ Umfang	<p>Kontinuierlich</p> <p>zunächst begrenzt auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Innenstadt inklusive Ringe, Friesenplatz, Ebertplatz, Eigelstein</li> <li>• durch freie Träger Mülheim, Kalk, Meschenich</li> </ul>			
Verortung im Haushalt	Teilplan 0701			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 730.000 €	rd. 745.000 €	rd. 760.000 €	rd. 770.000 €

Leitprojekt	Weiterentwicklung des Seniorenpakets vor dem Hintergrund des demografischen Wandels			
strategischer Schwerpunkt	Nachhaltiger Ausbau der Seniorenarbeit durch Weiterentwicklung der Seniorenarbeit im Stadtbezirk. Bestehende kommunale Programme bzw. Maßnahmen zur Aktivierung und Teilhabe müssen in den nächsten Jahren qualitativ und quantitativ an die demographische Entwicklung angepasst werden			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	<p>Stärkung und Steuerung des Zusammenwirkens von professionellen Dienstleistungen mit nachbarschaftlichen, familiären und zivilgesellschaftlichen Ressourcen.</p> <p>Unterstützung durch Empowermentkonzepte, um den Grad der Autonomie und Selbstbestimmung der Kölner Senioren zu erhöhen.</p> <p>Regionale Verzahnung von wohnortnahen Unterstützungs- und Versorgungsangeboten durch Weiterentwicklung der bestehenden Programme.</p>			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<p>Meilensteine:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterentwicklung der kommunalen Seniorenarbeit durch flächendeckenden Ausbau der SeniorenNetzwerke. Zurzeit bestehen 43 SeniorenNetzwerke in 40 Stadtteilen. Ziel ist es, dass in allen 86 Stadtteilen jeweils ein SeniorenNetzwerk aktiv ist. In 2018 sollen 18 neue Netzwerke und eine 0,5 Servicestelle im Rahmen des Leitprojektes implementiert werden.</li> <li>• Erweiterung des Programms der Präventiven Hausbesuche. Für jeden Stadtbezirk steht in 2018 eine Vollzeitstelle zur Verfügung, die die präventiven Hausbesuche zeitnah durchführt zur Information über das Hilfesystem und um Zugänge zu den Angeboten zu erleichtern.</li> <li>• Etablierung einer Koordinierungsstelle um alleinlebenden Menschen mit Demenz, die Möglichkeit zu eröffnen, solange wie möglich zu</li> </ul>			

	Hause zu bleiben.			
Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilpläne 0501 und 0504			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 540.000 €	rd. 1.100.000 €	rd. 1.125.000 €	rd. 1.150.000 €

Leitprojekt	Umsetzung des Handlungskonzepts Behindertenpolitik			
strategischer Schwerpunkt	Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle hier: Wie inklusiv ist das Quartier?			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in unserer Stadt spart Kosten, die entstehen, wenn Menschen ausgeschlossen sind und werden. Mit der Folge beispielsweise einer vorzeitigen Unterbringung im Heim.			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Exemplarische Erhebung (März 2019) der Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit zweier Wohnquartiere und die Erarbeitung eines hieraus abgeleiteten Kriterienkatalogs.</li> <li>• Projekte und Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Mehrfachdiskriminierung sowie zum Abbau von Intoleranz und Diskriminierung</li> <li>• Vernetzung der Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Zentren für Migranten/innen bzw. interkulturellen Zentren, Unterstützung und Verbesserung der Beratungs- und Wegweiserfunktion</li> </ul>			
Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilplan 504			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 190.000 €	rd. 20.000 €	rd. 20.000 €	rd. 20.000 €

Leitprojekt	Umsetzungsstrategie für Klimaschutzprojekte			
strategischer Schwerpunkt	<p>Die Umsetzung eines erfolgreichen Klimaschutzes erfordert die Entwicklung eines langfristig umzusetzenden Klimaschutzprogramms priorisiert nach Nutzen-Aufwand-Relation, eine Unterstützung/ Finanzierung aus Drittmitteln, sowie eine schlagkräftige Stelle, die gesamtstädtische Ziele verfolgt, Strategien und Schwerpunkte formuliert und Maßnahmen umsetzt.</p> <p>Klimaschutz soll Mainstream werden. Hierzu soll eine Aussage zu den Auswirkungen auf den Klimaschutz in allen städtischen Vorlagen etabliert werden.</p>			
Beabsichtigte Wirkung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Köln wird resilienter und zukunftsfähig</li> </ul>			

kung/ Wirkungsziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beitrag zur langfristigen CO2-Einsparung und Klimaneutralität bis 2050</li> <li>• Finanzierbarkeit von Klimaschutzprojekten</li> <li>• Beteiligung und Mitgestaltung von Verwaltung, Politik, Investoren, Unternehmen und Bürgerschaft</li> </ul>			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung eines Klimaschutz-Umsetzungsprogramms in 2018 und Umsetzung bis 2020</li> <li>• Erstellung einer mittelfristigen Strategie zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030</li> <li>• Erstellung einer langfristigen Strategie zur Erreichung der Klimaschutzziele 2050</li> <li>• Einwerben von Fördermitteln für die Maßnahmenumsetzung</li> <li>• Projektumsetzung („Klimafreundliches Veedel“, Energie und Mobilität)</li> <li>• Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die die Klimaschutzkommunikation/ Marketingkonzept für Klimaschutz und Smart-City Cologne</li> <li>• Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit</li> </ul>			
Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilplan 1401			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 415.000 €	rd. 245.000 €	rd. 245.000 €	rd. 250.000 €

Leitprojekt	Umsetzungsstrategie für Smart City Cologne			
strategischer Schwerpunkt	SmartCity Cologne berührt viele Lebensbereiche der Stadt Köln und verfolgt daher einen ganzheitlichen, integrierten Ansatz. Es bündelt und vernetzt Konzepte, Strategien, Planungen und Aktivitäten und Akteure stadtweit. SmartCity Cologne ist zugleich eine Koordinierungs- und Kommunikationsplattform für verschiedene Projekte zum Klimaschutz, zur Energie- und Verkehrswende sowie mehr Energieeffizienz.			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Köln wird resilienter und zukunftsfähig</li> <li>• Beitrag zur langfristigen CO2-Einsparung und Klimaneutralität bis 2050</li> <li>• Finanzierbarkeit von Klimaschutzprojekten</li> <li>• Beteiligung und Mitgestaltung von Verwaltung, Politik, Investoren, Unternehmen und Bürgerschaft</li> </ul>			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwerben von Fördermitteln für die Maßnahmenumsetzung</li> <li>• Umsetzung von innovativen, integrierten klimaschützenden SCC-Projekten („Klimafreundliches Veedel“, Energie und Mobilität)</li> <li>• Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die die Klimaschutzkommunikation/ Marketingkonzept für Klimaschutz und Smart-City Cologne</li> <li>• Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit</li> </ul>			

Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilplan 1401			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 355.000 €	rd. 340.000 €	rd. 340.000 €	rd. 345.000 €

Leitprojekt	Erhöhung der Anpassungsfähigkeit
strategischer Schwerpunkt	Die Nachhaltigkeit urbaner Systeme zu schaffen und zu erhöhen ist zentrale Zukunftsaufgabe. Durch Erstellung von Strukturen und Handlungsempfehlungen wird die Anpassungsgeschwindigkeit an Veränderungen erhöht und zielorientierte Entscheidungsgrundlagen geschaffen
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	Frühzeitige Vorbereitung auf sich ändernde Lebensbedingungen helfen Kosten zu sparen und unerwartete Folgekosten zu reduzieren. Durch eine umfassende Datenbasis wird der Entscheidungsprozess beschleunigt. Demnach werden auch (Bearbeitungs-)Prozesse erleichtert und Planungssicherheiten für Stakeholder und Investoren (Genehmigungsverfahren etc.) erhöht und transparenter gemacht. Durch Erkenntnisse zur Umweltgerechtigkeit können aufkommende (sozial)Kosten frühzeitig erkannt werden und mit geeigneten Maßnahmen Folgekosten entgegengewirkt werden.
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<p><u>Handlungsfeld Luftreinhalteplanung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Ergebnisse des „runden Tisches Luftreinhalteplanung“ werden kommuniziert, so dass darauf aufbauend der Luftreinhalteplan durch die Bezirksregierung fortgeschrieben werden kann.</li> <li>• Entwicklung eines integrierten Konzeptes Luftreinhaltung unter Einbeziehung des Umgebungslärms</li> <li>• Komplettierung von Umweltdaten und die systematische Erweiterung des Geodaten-Informationssystems in den Bereichen Lärm- und Luftschadstoffbelastung</li> <li>• Mitwirkung bei der Maßnahmenplanung</li> <li>• Unterstützung der Prozessorganisation und Kommunikation mit Behörden, Verbänden und Bürgern</li> <li>• Meilenstein: Komplettierung von Umweltdaten</li> </ul> <p><u>Handlungsfeld Lärminderungsplanung und Lärmschutz</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbringen von Aspekten der „Lärmvorsorge und Lärminderung“ in Planverfahren,</li> <li>• Erarbeitung von Kriterien und Lösungen für komplexe Problembereiche bei Freizeitveranstaltungen,</li> <li>• Verwertung von Anregungen von Politik und Bürgerschaft und Erarbeitung von Planungsvarianten/Lösungen,</li> <li>• Planung, Abstimmung und Koordinierung von Einzelmaßnahmen der Lärminderung, an besonders durch Lärm und Luft belasteten Gebieten.</li> </ul>



Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilplan 1401			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 330.000 €	rd. 330.000 €	rd. 335.000 €	rd. 335.000 €

Leitprojekt	Strategische Förderpolitik der Stadt im Sozialbereich
strategischer Schwerpunkt	Schaffung der Grundlagen für eine transparente und systematisierte Förderpolitik
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>• bedarfsgerechte Förderung</li> <li>• Herstellung von Transparenz, Vermeidung von Doppelförderungen</li> <li>• effektive Ausrichtung der Förderpolitik im Hinblick auf die zu fördernden Ziele</li> <li>• Planungssicherheit für die Träger und die Stadt</li> </ul>
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<p>Zielsetzung ist eine der Standardisierung zur gesamtstrategischen Steuerung sozialer Leistungen im Bereich Kinder- und Jugend-, Senioren und sonstigen Sozialbereichen. Darüber hinaus soll die Förderpolitik hinsichtlich der bisherigen Differenzierung zwischen Globalmitteln, Leistungsvereinbarungen und Zuschüssen neu aufgesetzt werden.</p> <p><u>Geplant sind</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Sichtung/Bestandsaufnahme/Erfassung der vorhandenen Verträge, Förderbescheide und Leistungsvereinbarungen der Ämter und Dienststellen des Dezernats V</li> <li>• die Erstellung einer Übersicht über die Vergabe von Mitteln an Träger und die dahinter stehenden Leistungen</li> <li>• Befüllung einer Förderdatenbank</li> <li>• Prüfung der vorhandenen Verträge/Förderbescheide und Leistungsvereinbarungen im Hinblick auf haushalts-, vergabe- und beihilferechtliche Belange</li> <li>• Unterstützung der Ämter und Dienststellen bei der Ersetzung von vorhandenen Verträgen, Förderbescheiden und Leistungsvereinbarungen durch standardisierte Musterverträge, Musterförderbescheide bzw. Musterleistungsvereinbarungen inkl. Anlagen.</li> <li>• Erarbeitung von Förderrichtlinien</li> <li>• Aufbau eines Fördercontrollings</li> </ul> <p>Das Leitprojekt hat Schnittmengen mit dem Verbundprojekt „Fördermittelmanagement und damit verknüpfte Projekte“, in das auch die Projekte „Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe/ Fördermittelmanagement“ von OB/3, „Bestandsaufnahme Sozialer Infrastruktur“ und das Projekt „Musterleistungsvereinbarungen“ des Dezernats V eingebunden sind.</p>
Dauer/ Umfang	dauerhaft

Verortung im Haushalt	Teilplan 504			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021
	rd. 100.000 €	rd. 100.000 €	rd. 100.000 €	rd. 105.000 €

Leitprojekt	Ausweitung des Einnahmemanagements (Unterhaltsheranziehung)			
strategischer Schwerpunkt	Ausbau und Stärkung der Einnahmen im Bereich der Sozialleistungen durch verstärkte Unterhaltsheranziehung und Rückforderung			
Beabsichtigte Wirkung/ Wirkungsziele	<p>Konzentrierte, koordinierte und optimierte Aufgabenwahrnehmung und Einnahmerealisation sowie Erschließung neuer Einnahmequellen.</p> <p><u>Wirkungsziel Unterhaltsheranziehung:</u></p> <p>Die Ausweitung des Einnahmemanagements im Amt für Soziales und Senioren sowie eine ggf. mögliche Übertragbarkeit auf andere Dienststellen sichert Köln die ihr zustehenden Einnahmen in größtmöglichem Umfang.</p> <p><u>Wirkungsziel Rückabwicklung:</u></p> <p>Erschließung weiterer Personenkreise zur Rückforderung von Leistungen durch den Bereich Zentrale Rückabwicklung. Die Bedarfe und Effekte bei einer Ausweitung im Bereich "zentrale Rückabwicklung" müssen noch untersucht werden.</p>			
Inhalte/ Maßnahmen/ Meilensteine	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überprüfung weiterer amtsinterner Ausbaumöglichkeiten der Unterhaltsheranziehung und der zentralen Rückabwicklung</li> <li>• Erarbeitung eines Konzepts der zentralen und koordinierten Rückforderung von (zu Unrecht oder zu viel erbrachten) Sozialleistungen auf Basis der Erfahrungen mit der zentralen Rückabwicklung</li> <li>• Den entstehenden Personalkosten für die oben beschriebene amtsinterne Ausweitung der Unterhaltsheranziehung stehen erzielte Einnahmen entgegen.</li> </ul> <p><u>Meilensteine:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit Besetzung der zusätzlichen Stellen kann der amtsinterne Ausbau des Einnahmemanagements starten.</li> <li>• Die generelle Betrachtung des Einnahmemanagements, sowie die Erstellung des beschriebenen Konzeptes einer zentralen Rückabwicklung beginnen, sobald die zwingend erforderliche, auskömmliche Personalressource in den Bereichen Controlling, Innenrevision und Grundsatzangelegenheiten vorhanden ist.</li> </ul>			
Dauer/ Umfang	dauerhaft			
Verortung im Haushalt	Teilplan 0501			
Mittelveranschlagung	2018	2019	2020	2021

gung				
Ausgaben	rd. 360.000 €	rd. 365.000 €	rd. 375.000 €	rd. 380.000 €
Einnahmen	rd. 720.000 €	rd. 720.000 €	rd. 720.000 €	rd. 720.000 €

Zu diesem TOP wird keine Aussprache gewünscht.

**Zur Kenntnis genommen.**

**7.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity 0149/2018**

Am 19.12.2017 hat der Rat die Umsetzung einer Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity beschlossen. Die Ratsvorlage 3312/2017 ist dieser Mitteilung beigefügt.

Anlage

Herr Dr. Theisohn macht darauf aufmerksam, dass rd. 2/3 aller in Köln lebenden behinderten Menschen 60 Jahre und älter sind.

Dies erfordert nach seiner Ansicht eine stärkere Berücksichtigung dieses Umstandes und sich daraus ergebender besonderer Betrachtungen.

Er bittet darum, aus diesem Blickwinkel das Konzept für die Kampagne noch einmal zu prüfen und die Personengruppe der älteren, behinderten Menschen verstärkt zu berücksichtigen.

Herr Dr. Rau äußert seine Bedenken gegen die separate Betrachtung von Teilgruppen behinderter Menschen, da bei allen Menschen ausschließlich die Behinderung für die Problemlage ausschlaggebend sei.

Die Stadtkonferenz beschließt, die Anregung von Dr. Theisohn zur Kenntnis zu nehmen.

**Zur Kenntnis genommen.**

**7.3 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018**

Der Rat hat durch Beschluss vom 20.12.2016 den Auftrag erteilt, den Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und die Bezirksvertretungen durch eine regelmäßige Berichterstattung des Behindertenbeauftragten über die Umsetzung der im 2. Folgebericht zum Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ beschlossenen Maßnahmen zu informieren.

Die Verwaltung legt hiermit einen Bericht über den Umsetzungsstand zum 31.12.2017 vor.

84 der 111 Maßnahmen laufen nach Plan bzw. sind bereits abgeschlossen. Weitere 12 Maßnahmen sind plangemäß noch nicht begonnen worden. Dies sind 86 Prozent der Maßnahmen.

13 Maßnahmen werden mit Verzögerung umgesetzt, weitere zwei Maßnahmen werden nicht umgesetzt oder ihre Umsetzung stößt auf Schwierigkeiten. Dies sind 14 Prozent der Maßnahmen.

Maßnahme läuft nach Plan oder ist bereits abgeschlossen (grün)	84
Maßnahmen, die plangemäß noch nicht begonnen sind (keine Farbe)	12
Maßnahme wird mit Verzögerung umgesetzt, Nachsteuern erforderlich (gelb)	13
Maßnahme wird nicht umgesetzt oder Umsetzung stößt auf Schwierigkeiten, Nachsteuern erforderlich (rot)	2

Der häufigste Grund dafür, dass eine Maßnahme mit Verzögerung oder nicht umgesetzt wird, ist fehlendes Personal in der federführenden Dienststelle.

gez. Dr. Rau

Anlage

Zu diesem TOP wird keine Aussprache gewünscht.

**Zur Kenntnis genommen.**

#### **7.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen 0714/2018**

RM Herr Richter hat zum Thema Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaften gesprochen und nach den Gründen für unterschiedliche Regelungen für die Mitglieder der Seniorenvertretung einerseits und die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik andererseits gefragt.

Die Verwaltung beantwortet die Frage wie folgt:

Zum besseren Verständnis erläutert die Verwaltung nicht nur die Unterschiede zwischen der Seniorenvertretung und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, sondern bezieht auch den Integrationsrat und die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender ein, deren Geschäftsführungen alle außer der der Seniorenvertretung bei der Dienststelle Diversity angesiedelt sind.

Die unterschiedliche Regelungen resultieren zum Teil aus der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), die für die „ausländische[n] Einwohner“ (§27) einerseits und die „Senioren, Jugendlichen, [...] Menschen mit Behinderung oder andere[.] gesellschaftlichen Gruppen“ (§27a) unterschiedliche Regelungen festsetzt.

Die unterschiedliche Ausgestaltung der Vertretungen der Senioren\*innen, Menschen mit Behinderung und Lesben, Schwulen und Transgender ist durch Beschlüsse des Rates begründet. Grundlagen sind die Hauptsatzung der Stadt Köln (hier: §§ 22, 23, 23a und 23b) und die Geschäftsordnungen der jeweiligen Gremien.

Die Art und Weise, wie die Vertretungen der o.g. Gruppen in Köln gestaltet sind, ist der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Sie unterscheiden sich u.a.

- in der Anzahl und der Zusammensetzung der stimmberechtigten Mitglieder,
- im Wahlverfahren bzw. dem Verfahren, nach dem die Mitglieder berufen werden,
- hinsichtlich des Ersatzes des Verdienstausfalls und der Zahlung von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen,
- hinsichtlich der Verfügungsmittel,
- in der Unterstützung durch das zur Verfügung stellen von Büroräumen, Büroausstattung oder iPads,
- in der Sitzungshäufigkeit.

Im direkten Vergleich der Seniorenvertretung (Bezirksarbeitsgemeinschaft und Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik) und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bestehen Unterschiede u.a. hinsichtlich des Erhalts von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen. Dieser Unterschiede betrifft auch die Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender:

- Die Mitglieder der Seniorenvertretung in den Bezirksarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 70,00 Euro. Die in die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik gewählten Seniorenvertreter\*innen erhalten zusätzlich ein Sitzungsgeld in Höhe von 41,70 Euro pro Sitzung.
- Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik erhalten weder eine Aufwandsentschädigung noch ein Sitzungsgeld.

gez. Dr. Rau

Anlage

Zu diesem TOP wird keine Aussprache gewünscht.

**Zur Kenntnis genommen.**

## **7.5 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept 0841/2018**

In der Ratssitzung vom 20.09.2012 wurde die Verwaltung unter TOP 3.1.7 beauftragt zu prüfen, welche Vorteile und Synergien sich durch die Zusammenfassung verschiedener Dienststellen und deren Aufgabenbereiche die Themen Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung sowie Interessenvertretung im weiteren Sinne für verschiedene Personengruppen umfassen, zu einer zentralen Stelle für Diversity Management erzielen lassen.

Nach erfolgter Prüfung wurden in der Mitteilung „Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln“ 1305/2013 die organisatorische Darstellung der neu eingerichteten Dienststelle Diversity veröffentlicht. Damit wurde das interkulturelle Referat, das Büro der Behindertenbeauftragten, das Referat für Lesben, Schwule und Transgender und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) zu einer Dienststelle zusammengelegt.

Auf Grundlage des Ratsbeschluss „Köln – Stadt der Vielfalt. Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes“ vom 14.12.2010, übernahm die neu eingerichtete Dienststelle ab 2014 diese Aufgabe und erstellte ein Diversity-Konzept für die Stadt Köln.

Das Diversity Konzept – 2020: Köln **liebt** Vielfalt - wurde am 20.12.2016 vom Rat der Stadt Köln beschlossen. Mit dem Beschluss wurde die Verwaltung zur Umsetzung des Konzeptes und den beschriebenen Maßnahmen beauftragt.

In der vorliegenden Broschüre wird das bereits vom Rat der Stadt Köln verabschiedete Kölner Diversity Konzept abgebildet. Die Konzeptbeschreibung ist zudem in einfacher Sprache in der Broschüre dargestellt. Daneben umfasst die Broschüre eine Darstellung der Dienststelle Diversity sowie ausgewählte Diversity Aktivitäten. Die Erstellung der Broschüre ist Bestandteil der Umsetzung des kurzfristigen Maßnahmenkatalogs. Die Broschüre wird auch als barrierefreie Version auf der Internetseite der Stadt Köln veröffentlicht.

Gedruckte Exemplare sind in der Dienststelle Diversity, Kleine Sandkaul 5, 50667 Köln, erhältlich.

Herr Nigmann sieht die zunehmende Diskriminierung älterer Menschen in Köln durch die Stadt Köln nicht ausreichend behandelt.

Auch die Verwaltung selbst ist nach seiner Einschätzung nicht auf dem Stand des von ihr selbst entwickelten Konzeptes.

Herr Dr. Rau erläutert, dass nach seiner Auffassung zum Wesen von Diversity nicht gehöre, einzelne Gruppen darzustellen, sondern auf die Darstellung der Vielfalt hinzuwirken.

Er räumt ein, dass die Verwaltung dahingehend noch nicht gut aufgestellt und es angezeigt ist, das Konzept auch als Selbstverwirklichungskonzept zu nutzen.

Frau Gärtner unterstützt die Auffassung von Herr Dr. Rau, insbesondere weil es gilt, das gegeneinander Ausspielen unterschiedlicher Gruppen zu verhindern.

**Zur Kenntnis genommen.**

## **7.6 Besucherrekord: 2539 Seniorinnen und Senioren kamen zu den vierten Aktionstagen „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 11. Kölner Vorsorge-Tag in den Gürzenich 0785/2018**

Das Kölner Gesundheitsamt veranstaltete am 06. und 07. März 2018 die Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem Kölner Vorsorge-Tag.

Die vierte Auflage der Aktionstage fand, wie auch 2015, in „Kölns guter Stube“ im Gürzenich statt. Über 50 Organisationen, Vereine, Verbände, Gruppen informierten die Seniorinnen und Senioren an den Beratungsständen über die breite Angebotspalette zum selbstbestimmten, aktiven und gesunden Älterwerden.

Die gemeinsame Veranstaltung unter einem Dach wurde zum Besuchermagneten - nicht nur Seniorinnen und Senioren fanden den Weg in den Gürzenich - auch Schülerinnen und Schüler aus therapeutischen Ausbildungsberufen.

Insgesamt **2539 Besucherinnen und Besucher** informierten sich über gesundheitliche Themen, nahmen an den zahlreichen Vorträgen teil und beteiligten sich sehr aktiv an diversen Mitmachaktionen. Die Veranstaltung wurde in der Teilnehmerbefragung durchgehend positiv bewertet, Aussagen wie „eine sehr informative Veranstaltung, „weiter so“, „das Programm deckt alle meine Wünsche ab“ oder „ich kann alles nur lobend erwähnen“ vermitteln einen Eindruck von der Stimmung.

Das Angebot war abwechslungsreich und vielfältig. Angefangen von gesundheitlichen Themen wie beispielsweise „Aktivitäten im Alter“, „Arthrose“ über Gedächtnistraining“, „Hören“, Impfen im Alter“, „Männergesundheit“, „Notrufsysteme“ „Sicherheit im Alter“ oder „Zahngesundheit“, stießen auch Themen wie „Vorsorgevollmachten und Patientenverfügung“ und der Wandel der Friedhofskultur auf viele Interessierte.

Die Mitmachaktionen wie Singen und Tanzen im Isabellensaal brachten die Besucherinnen und Besucher in Bewegung und zauberten Begeisterung und Freude in die Gesichter. Auch die vielfältige Auswahl der Anbieter sowie das breite Spektrum der Vorträge kamen sehr gut bei den Seniorinnen und Senioren an, so dass die Vortragsräume teilweise aus den „Nähten platzten“. Gesundheit, Mobilität, Wohnen und Sicherheit im Alter beschäftigen eben viele Menschen. Aber auch schwierige Themen wie psychische Erkrankungen im Alter und Aufklärung zum Thema Demenz und Schlaganfall, Pflegevorsorge, moderne Seelsorge, Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten zogen viele Zuhörerinnen und Zuhörer an.

Die beiden Tage gaben einen umfassenden Überblick und viele Informationen und Anregungen rund um das Thema „Älter werden“ und die Mitmachaktionen boten allen auch Gelegenheit, sich aktiv zu beteiligen.

Das große Informationsbedürfnis, die Freude und Begeisterung aller Beteiligten und nicht zu Letzt auch die freundliche, entspannte, fast „familiäre“ Atmosphäre an beiden Tagen machten die Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem Kölner Vorsorge-Tag wieder zu einer lohnenden, informativen und kommunikationsfördernden Veranstaltung, wie man der als Anlage beigefügten kleinen Fotodokumentation entnehmen kann.

Zu diesem TOP wird keine Aussprache gewünscht.

**Zur Kenntnis genommen.**

## 8

### **Verschiedenes**

Keine Vorschläge für die Besprechung.

Sitzungsende: 12.00 Uhr